

Drucksachen-Nr. 7766/2020-2025



An die Vorsitzende
des Integrationsrats
Frau Murisa Adilovic

Bielefeld, 19.03.2024

Antrag zur Sitzung des Integrationsrats am 20.03.2024

zum Tagesordnungspunkt 5.1: Einwanderungsstadt Bielefeld

Sehr geehrte Frau Adilovic,

zur Sitzung des Integrationsrats am 20.03.2024 stellen wir folgenden Antrag:

1. Der Integrationsrat und der HWBA begrüßen und unterstützen die weiteren Vorhaben zur Verbesserung der Ausländer- bzw. Einbürgerungsbehörde, welche in der Informationsvorlage der Verwaltung zur gemeinsamen Sitzung des Integrationsrates und HWBA vom 01.02.2023 verdeutlicht wurden. Die Weiterentwicklung zu einer Willkommensbehörde wird unterstützt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bis spätestens zu den Haushaltsberatungen für das kommende Jahr in den zuständigen Gremien über die Situation in der Ausländerbehörde und in der Einbürgerungsstelle zu berichten. Eine jährliche, kontinuierliche Berichterstattung im HWBA und im Integrationsrat soll erfolgen. Insbesondere soll dabei auf die Veränderung der Warte-, den Bearbeitungszeiten gestellter Anträge und die Kommunikation mit den Antragsstellenden eingegangen werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, im zweiten Quartal 2024 den zuständigen Gremien ein Konzept für Einbürgerungsfeiern vorzulegen. Ziel ist es ab dem Jahr 2024 eine regelmäßige, jährliche Veranstaltung durchzuführen. Dies soll als eine eigenständige, festliche Veranstaltung geplant und umgesetzt werden.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, das neue Chancenaufenthaltsgesetz sowie das novellierte Staatsbürgerschaftsrecht so umzusetzen, dass möglichst viele bislang geduldete Geflüchtete sowie weitere Menschen mit internationaler Familiengeschichte in die Lage versetzt werden, die Voraussetzungen für einen dauerhaften Aufenthalt zu erfüllen oder um sich nach Erfüllung der gesetzlichen Kriterien einbürgern lassen können.

Folgende Zielsetzungen sollen für Verfahren auf Augenhöhe angestrebt werden:

- a. Eine enge Kooperation u.a. zwischen Ausländerbehörde, Jobcenter, den Akteuren des Kommunalen Integrationsmanagements, Beratungsstellen, Vertreter*innen des Integrationsrats, sowie Unternehmen wird grundsätzlich angestrebt und falls möglich implementiert.
 - b. Die Verwaltung soll frühzeitig und kundenorientiert im Interesse der Betroffenen beraten und mögliche Ermessensspielräume ausüben. Dies bezieht sich auch auf digitale und vereinheitlichte Rückmeldungen zu dem Bearbeitungsstand eines Antrags.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, im zweiten Quartal 2024 den zuständigen Gremien über den Stand der Erarbeitung von Strategien zur Akquise und Integration bereits zugewanderter Personen mit Erwerbspotential für Bielefelder Unternehmen (Potenzialanalyse) und für die sozialen Bereiche Erziehung und Pflege zu berichten. Wir bitten die Verwaltung ihre Bemühungen zugunsten einer schnelleren Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen verstärkt fortzusetzen.
 6. Die Stadt Bielefeld als Arbeitgeberin und die Gremien der Stadt streben an, auch bei der Besetzung öffentlicher Ämter und Stellen auf allen Ebenen die Diversität der Stadtgesellschaft abzubilden, um so auch die interkulturelle Öffnung der Stadt deutlich zu machen. Bei der Besetzung von Stellen im Kommunalen Integrationszentrum (KI) sollen Personen mit internationaler Familiengeschichte besonders berücksichtigt werden.
 7. Die Mehrsprachigkeit soll in Bildungseinrichtungen und in der Stadtverwaltung gefördert werden, um gleichberechtigte Teilhabe und den Zugang zu Informationen zu erleichtern. Das Erlernen der deutschen Sprache, als eine wesentliche Grundlage einer erfolgreichen Integration, soll verstärkt gefördert werden. Der herkunftssprachliche Unterricht an unseren Schulen soll besser beworben und flexibler angeboten werden. Die Verwaltung (Amt für Schule) wird gebeten, hierzu regelmäßig im Integrationsrat zu berichten. Das Amt für Schule wird gebeten jährlich im Integrationsrat und dem Schul- und Sportausschuss zu berichten.
 8. Die soziale Lage, Bildung und Ausbildung, die gesundheitliche sowie die Wohn- und Lebenssituation sind von großer Bedeutung für die Perspektiven von Menschen mit, aber auch ohne, internationaler Familiengeschichte in unserer Stadt. Die

Erkenntnisse, die dazu vorliegen (z.B. aus dem Lebenslagenbericht), müssen stärker zusammengeführt werden und bilden gute Grundlagen für zielgenaue Entwicklungs- und Unterstützungsmaßnahmen. Der Stadt Bielefeld ist es wichtig bei ihren städtebaulichen Entscheidungen die vielfältigen Anforderungen ihrer bunten Stadtgesellschaft zu berücksichtigen und besonders durch soziale Quartiersentwicklung ein gutes Miteinander zu fördern. Die Verwaltung der Stadt Bielefeld unterstützt, dass Gesundheits- und Pflegedienste kultursensibel arbeiten, um eine angemessene Versorgung für alle Bielefelder*innen sicherzustellen.

9. Unternehmer*innen und Unternehmensgründer*innen mit internationaler Familiengeschichte werden bereits durch die IHK sowie die Handwerkskammer beraten. Die Verwaltung und die WEGE werden gebeten, diese Arbeit, beispielsweise durch den Aufbau von Unternehmensnetzwerken, zu unterstützen und gezielt zu bewerben.
10. In Bielefeld leben Menschen aus mehr als 160 Nationen friedlich zusammen. Sie bereichern unsere Stadt durch ihre unterschiedlichen Sprachen, Kulturen, Religionen und Gebräuche. Die Verwaltung wird gebeten, demokratische und menschenrechtsbasierte zivilgesellschaftliche Initiativen und Organisationen des interkulturellen Lebens, in allen ihren Ausdrucksformen aktiv zu unterstützen und zu fördern. Das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Religionen und Religionsgemeinschaften in unserer Stadt ist auch weiterhin zu wahren und zu schützen!
11. Im Rahmen der Pflege der kommunalen Erinnerungskultur sollen künftig auch Projekte zur Erhaltung und Präsentation des kulturellen Erbes verschiedener Einwanderergemeinschaften in Bielefeld unterstützt werden. Die Ausstellung „Angekommen in Bielefeld“, die mit großem Erfolg im Historischen Museum gezeigt wurde, bietet dazu zahlreiche Ansätze, die weiterverfolgt werden sollen.
12. Die Stadt Bielefeld setzt sich weiterhin dafür ein, dass barrierefreie und inklusive städtische Sportangebote als Orte der Begegnung und des Kennenlernens zu einer erfolgreichen Integration beitragen können. Auch eine sportliche Vielfalt und niedrigschwellige Angebote wie dem Open Sunday sind zu erhalten und aktiv zu bewerben. Den Stadtsportbund und auch alle anderen Sportvereine unterstützen wir als Stadt Bielefeld nachhaltig in diesem Prozess.

Begründung:

erfolgt mündlich

gez.

Miriam Welz
SPD-Fraktion

Klaus Rees
Fraktion B'90/Die Grünen

Brigitte Stelze
Fraktion Die Linke